

**Gefasster Beschluss in der 4. Sitzung (13. AP) des Landesausschusses für
Berufsbildung am 06.06.2019 zum Thema „Istversorgung in der Schulform BBS“**

„Der LABB fordert dringend eine kontinuierliche Erhöhung der Planstellen sowie Streichung aller kw-Vermerke bei gleichzeitiger vollständiger Ausfinanzierung im BBS-Bereich. Eine Anpassung im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung im Bereich der BBS ist dringend erforderlich. Um die Umsetzung der Inklusion gewährleisten zu können, muss der Studiengang Sonder- und Sozialpädagogik an der Universität Hannover erhalten und ausgebaut werden. Zudem wird für diesen Bereich auch die Möglichkeit der Beschäftigung von Förderschullehrkräften an BBS gefordert. Ferner ist eine unbefristete Ausfinanzierung der 50 Stellen für Schulsozialarbeiter/-innen nötig, die im Jahr 2019 zusätzlich eingestellt werden konnten.

Das Gremium stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig, mit Enthaltung der Vertretungen der Ressorts der Landesregierung, zu.